

## **PRESSEMITTEILUNG**

**Roßdorf, 17.09.2019**

### **„Wir schlagen Alarm“**

**Die 23 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Landkreis Darmstadt-Dieburg haben gemeinsam mit Landrat Klaus-Peter Schellhaas und Jugend- und Sozialdezernentin Rosemarie Lück eine Erklärung zur Kindergartenfinanzierung gegenüber dem hessischen Ministerium für Soziales und Integration abgegeben.**

Das Ziel der Initiative ist eine konzertierte Aktion der verschiedenen politischen Ebenen zur Schaffung von mehr Kita-Plätzen. Bisher tragen die Städte und Gemeinden die finanzielle Last zum überwiegenden Teil. Durch die vom Land propagierte Beitragsfreistellung hat sich darüber hinaus die finanzielle Belastungssituation weiter verschärft. Eine weitere Ausweitung der defizitären kommunalen Situation durch fortgesetzte, per Gesetz verordnete Standarderhöhungen, ohne dass Bund und Land die entstehenden Kosten auf Dauer und in voller Höhe tragen, wird zurückgewiesen. Die Kosten müssen auf mehr Schultern verteilt werden, fordern die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Die Städte und Gemeinden im Landkreis Darmstadt-Dieburg haben zwischen den Kindergartenjahren 2013/14 und 2017/18 **615** Kita-Plätze im U3-Bereich und **569 Plätze** im Ü3-Bereich zusätzlich geschaffen. Weitere Kitas bzw. Gruppen sind in Planung. Insbesondere der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für unter dreijährige Kinder hat die Kommunen vor große Herausforderungen gestellt.

„Der Bedarf an Kindertagesstättenplätzen steigt weiterhin an, so dass im laufenden Kindergartenjahr 2019/2020 nicht alle Kinder, die einen Betreuungsplatz im Landkreis Darmstadt-Dieburg benötigen, auch einen erhalten werden“ teilt die Bürgermeisterin Christel Sprößler mit. „Das liegt vor allem an dem kontinuierlichen Zuzug. Wir, die Städte und Gemeinden tun unser Möglichstes um zusätzliche Kita-Plätze entsprechend dem Bedarf zu schaffen. Dazu benötigen wir aber eine dauerhaft gesicherte Finanzierung der Kinderbetreuung und ausreichend pädagogische Fachkräfte“ so Sprößler.

Zum Teil werden die investiven Kosten vom Land durch den Bund bezuschusst. Die Betriebskostenförderung des Landes Hessen nach § 32 HKJGB des Landes für die Kindertageseinrichtungen ist unzureichend, sodass es zu einer enormen Belastung der kommunalen Haushalte führt und auf Dauer nicht mehr zu stemmen ist.

Hinzukommt, dass derzeit nicht genügend pädagogischen Fachkräfte gewonnen werden können. Teilweise können zusätzliche Gruppen gar nicht an den Start gehen, da pädagogische Fachkräfte fehlen. Deshalb ist eine weitere Forderung der Bürgermeisterkreisversammlung, die Ausbildung attraktiver zu gestalten. In Zukunft sollte zwingend eine Ausbildungsvergütung gezahlt werden, heute müssen die angehenden Erzieherinnen und Erzieher für ihre Ausbildung bezahlen. Außerdem sollte die Ausbildungszeit verkürzt werden.

Beim Ausbau der Kindertagesbetreuung geht es nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es geht auch um Bildungsgerechtigkeit, um Teilhabe an Bildung und Chancengleichheit. Dazu braucht es den weiteren Ausbau an Plätzen. „Wir hoffen sehr, dass die hessische Landesregierung uns dabei in Zukunft stärker unterstützt. Gute Kinderbetreuung muss unabhängig von der finanziellen Situation der Kommune vor Ort möglich sein“ fordert Sprößler abschließend.